

Beschluss

Antrag Nr. 6: Gesellschaft gegen Faschismus - Aus christlicher Überzeugung für Demokratie

Gremium: DV
Beschlussdatum: 19.08.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Anträge

Antragstext

1 Die BDKJ-Diözesanversammlung möge beschließen:

2 **Situationsbeschreibung**

3 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr
4 Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
5 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
6 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, Jüdinnen*Juden
7 und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte Akteur*innen
8 aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig feindlich
9 gegenüber Muslim*innen eingestellt.

10 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
11 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Dies beinhaltet unter anderem
12 vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung parlamentarischer
13 Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates und zeigt sich am deutlichsten in
14 der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte Vertretungen und
15 marginalisierte Gruppen. Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung
16 entfalten und sich im Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit
17 zeigen. Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und
18 Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem
19 rechte und populistische Ideologien.

20 **Positionierung**

21 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
22 und rechtspopulistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine
23 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Wir lehnen jede Art von
24 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in unserer Arbeit explizit
25 marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar gegen
26 Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung der
27 Menschenrechte weltweit.

28 Als BDKJ stehen wir gemäß unserem Grundsatzprogramm für eine demokratische,
29 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
30 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen[1]. Damit drücken
31 wir bereits seit unserer Gründung unsere Grundhaltung als antifaschistischer
32 Verband aus. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben,
33 aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes* Ebenbilder betrachten, sowie mit
34 unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe
35 aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

36 **Konsequenzen für unsere Arbeit**

37 Junge Menschen müssen sich vermehrt mit faschistischen Positionen
38 auseinandersetzen. Als christliche Jugendverbände sehen wir deshalb die
39 Notwendigkeit sich mit Antifaschismus wie folgt auseinanderzusetzen:

40 • **Bildungsarbeit**

41 Wir nutzen unsere Bildungsarbeit, um die Gefahren aufzuzeigen, die von rechten
42 Ideologien für unsere Gesellschaft ausgehen. Über unsere Social-Media-Kanäle
43 klären wir über die extreme Rechte und ihr Denken und Handeln auf. Außerdem
44 stellen wir auf diesem Weg verbündete Organisationen und deren Angebote vor.

45 • **Vernetzung**

46 Um das Thema Antifaschismus auf allen Ebenen des BDKJ zu verankern, schaffen wir
47 ein innerverbandliches Netzwerk von Mitgliedern, die sich dieses Themas
48 besonders annehmen wollen. Darüber hinaus machen wir unsere Mitglieder auf
49 externe Vernetzungsangebote aufmerksam und vernetzen uns zur gegenseitigen
50 Unterstützung mit anderen Organisationen, die antifaschistische Arbeit
51 betreiben.

52 • **Position beziehen**

53 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
54 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit den
55 Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein.
56 Im kirchlichen Kontext nutzen wir unsere Kontakte, um auf die eindeutige
57 Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken. Im BDKJ haben wir bereits
58 mehrere Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst, die wir hier noch einmal
59 bekräftigen.[2]

60 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

61 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
62 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht vereinbar
63 mit unserer Grundüberzeugung als Jugendverbänder*innen und Christ*innen.[3] Als
64 BDKJ, Diözesanverbänderat und Diözesanrat der Katholik*innen in der Diözese
65 Aachen haben wir durch unsere fortlaufende Kampagne „Wir wählen! Nicht die AfD.“
66 deutlich gemacht, dass wir eine Zugehörigkeit zu und Unterstützung von extrem
67 rechten Parteien, wie der AfD, ablehnen.

68 **Forderungen an die Politik**

69 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
70 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

71 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

72 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
73 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln unterstützt
74 werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften Demokratie muss
75 umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre Feind*innen zu
76 schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich dafür einzusetzen,
77 die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien und Stiftungen zu
78 begrenzen und einzustellen. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass ein
79 entsprechender Gesetzesentwurf zur Förderung von politischen Stiftungen sobald
80 wie möglich beschlossen wird.

81 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

82 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass in
83 staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller Rassismus
84 existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum Beispiel von
85 migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es immer wieder auch zu
86 gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir solidarisieren uns mit den
87 Betroffenen von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt. Wir fordern eine
88 umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen und Vorfälle.[4]

89 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

90 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter Übergriffe und
91 Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche Motivationen zugrunde
92 (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus[5] etc.). Die
93 Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie treffen Minderheiten, die wir als
94 Gesellschaft besser schützen müssen. Wir fordern daher, diese Übergriffe und
95 Gewalttaten, auch im Internet, konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv
96 entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

97 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

98 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung.
99 Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären finanziellen Grundlage und
100 bekommen lediglich zeitlich befristete Projektfinanzierungen. Wir fordern, die
101 Finanzierung dieser Projekte auf eine solide und langfristige Basis zu stellen.
102 Dafür muss das von der Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig
103 beschlossen und umgesetzt werden.

104 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

105 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
106 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um die
107 europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf queere
108 Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv dafür
109 einzusetzen, extreme und rechtspopulistische Positionen aus ihren eigenen
110 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

111 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

112 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem, antifaschistischem
113 Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich zunehmen. Dies trägt
114 maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch Einschüchterung daran gehindert werden,
115 ihre antifaschistische Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir
116 fordern ein Ende von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen
117 und gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
118 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
119 schützen.

120 **Forderungen an die katholische Kirche**

121 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

122 • **Reform und Aufarbeitung**

123 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
124 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit,
125 aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus, Antisemitismus und

126 Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese
127 Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits
128 geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit,
129 aufgearbeitet werden.

130 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

131 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre
132 Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die
133 Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus klar
134 Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

135 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extremrechte
136 Aktivist*innen involviert sind**

137 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
138 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig zu
139 werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen. Wir
140 fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen
141 und Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
142 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen können.
143 Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht für die
144 Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

145 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen
146 Rechten benennen und bekämpfen**

147 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft und
148 gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen und
149 Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige Akteur*innen
150 sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche,
151 diese Problematik, neben Problemen mit fundamentalistischen Christ*innen an
152 sich, klar zu benennen, sich von den beteiligten Akteur*innen zu distanzieren
153 und sie nach Möglichkeit aus den kirchlichen Strukturen auszuschließen.

154 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
155 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir
156 sind ein antifaschistischer Verband.

157 [1]“Grundsatzprogramm des BDKJ“ – Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2022

158 [2]“Wir widersprechen, weil wir glauben!“ - Beschluss der BDKJ-
159 Hauptversammlungen 2016 und 2020

160 [3]“Wir wählen! NICHT die AfD“ – Beschluss der BDKJ Diözesanversammlung Aachen
161 2020;

162 „Interner Umgang mit der AfD“ – Beschluss der BDKJ Diözesanversammlung Aachen
163 2018

164 [4]“Nein zu Rassismus - Solidarität mit Black and People of Color!“ - Beschluss
165 der BDKJ Diözesanversammlung Aachen 2020

166 [5]“Frauen*hass im Netz ist real – Gewalt gegen Frauen* endlich beenden“ -
167 Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2021

Begründung

168 Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten
169 Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und
170 Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark
171 zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

172 Wir möchten mit diesem Antrag noch einmal unsere grundsätzliche Haltung als BDKJ
173 im Bistum Aachen in dieser Thematik festziehen.